

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Cornelia Behm, Nicole Maisch,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9601 –**

Rahmenbedingungen für Milchmarkt verbessern – Faire Erzeugerpreise für Milch unterstützen

A. Problem

Seit Jahren haben die Milchbauern mit Erzeugerpreisen zu kämpfen, die ihre Kosten nur unzureichend decken und die geleistete Arbeit nicht adäquat entlohnen. Ein Grund für diese Erzeugerpreisentwicklung ist die seit Jahren erhebliche Milchüberschusserzeugung durch agrarpolitische Vorgaben. Die europäische Milchmenge lag aufgrund politischer Beschlüsse immer bis zu 20 Prozent über dem Bedarf. So hat die Quote zwei wichtige Zielsetzungen – Gewährleistung von angemessenen Erzeugerpreisen und Abmilderung des Strukturwandels in der Milchviehwirtschaft – nie erreichen können. Die Europäische Kommission setzt für die Zukunft auf eine weitere Deregulierung des Milchmarktes. Dies wird den Strukturwandel weiter anheizen und das Aus vor allem für die bäuerliche Milchproduktion in den Mittelgebirgs- und Bergregionen bedeuten.

Nur wenn Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt werden können, kann eine Weiterentwicklung der Märkte zu kostendeckenden fairen Preisen für alle Beteiligten umgesetzt werden. Daher muss die Bundesregierung ihre Möglichkeiten zur Gestaltung der Rahmenbedingungen für diesen Markt nutzen und ein Maßnahmenpaket entwickeln, mit dem sie kurzfristige Mengentlastungen auf dem Markt und langfristige Stabilität der Milchpreise auf kostendeckendem Niveau schafft.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU,
SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/9601.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9601 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende und Berichterstatterin

Johannes Röring
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Dr. Wilhelm Priesmeier, Hans-Michael Goldman, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/9601** in seiner 169. Sitzung am 19. Juni 2008 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Seit Jahren haben die Milchbauern mit Erzeugerpreisen zu kämpfen, die ihre Kosten nur unzureichend decken und die geleistete Arbeit nicht adäquat entlohnen. Ein Grund für diese Erzeugerpreisentwicklung ist die seit Jahren erhebliche Milchüberschusserzeugung durch agrarpolitische Vorgaben. Die europäische Milchmenge lag aufgrund politischer Beschlüsse immer bis zu 20 Prozent über dem Bedarf. So hat die Quote zwei wichtige Zielsetzungen – Gewährleistung von angemessenen Erzeugerpreisen und Abmilderung des Strukturwandels in der Milchviehwirtschaft – nie erreichen können.

Ein weiterer Grund sind die oligopolen Strukturen im deutschen Handel, die ihre Marktmacht ausspielen, um den Milchpreis ohne Rücksicht auf die Erzeuger nach unten zu drücken. Auch für die Verbraucher, Steuerzahler und Umwelt sind Überschusserzeugung und Druck auf die Qualität und Betriebe nicht von Vorteil.

Die Europäische Kommission setzt für die Zukunft auf eine weitere Deregulierung des Milchmarktes. Dies wird den Strukturwandel weiter anheizen und das Aus vor allem für die bäuerliche Milchproduktion in den Mittelgebirgs- und Bergregionen bedeuten. Die im Bundesverband Deutscher Milchviehalter e. V. (BDM) organisierten Landwirte fordern daher zu Recht die Beibehaltung einer vernünftigen Mengengerulierungspolitik.

Nur wenn Angebot und Nachfrage aufeinander abgestimmt werden können, kann eine Weiterentwicklung der Märkte zu kostendeckenden fairen Preisen für alle Beteiligten umgesetzt werden. Ein weiteres Ziel muss sein, eine Milchproduktion mit hohen Qualitäts- und Umweltstandards in ganz Europa zu gewährleisten.

Auch der zuständige Bundesminister hat Ende Mai 2008 verkündet, dass er sich für eine bessere Bezahlung der Milchbauern einsetzen wolle. Daher muss die Bundesregierung ihre Möglichkeiten zur Gestaltung der Rahmenbedingungen für diesen Markt nutzen und ein Maßnahmenpaket entwickeln, mit dem sie kurzfristige Mengentlastungen auf dem Markt und langfristige Stabilität der Milchpreise auf kostendeckendem Niveau schafft.

Daher soll die Bundesregierung im Wesentlichen aufgefordert werden,

- die von der Europäischen Union beschlossene Milchquotenerhöhung von 2 Prozent zum 1. Juli 2008 in der nationalen Reserve zu belassen, die Molkereisaldierung auf

nationaler Ebene auszusetzen und den Umrechnungsfaktor von derzeit 1,02 kg/l Milch auf 1,03 kg/l Milch anzuheben,

- gemeinsam mit den Milcherzeugern und der Molkereiwirtschaft ein flexibles und am Markt orientiertes Milchmengensteuerungssystem zu entwickeln, das kostendeckende Preise für die Landwirte ermöglicht, und sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Einführung dieses Systems einzusetzen,
- auf europäischer Ebene im Rahmen des Health Checks die Rücknahme der Kommissionspläne zu jährlichen Milchmengenerhöhungen durchzusetzen und im Gegenzug eine Milchpolitik einzufordern, die verbraucher- und marktorientiert ist und gute Umwelt- und Qualitätsstandards gewährleistet.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/9601 in seiner 73. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage auf Drucksache 16/9601 in seiner 68. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/9601 in seiner 84. Sitzung am 25. Juni 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bekräftigte, dass die deutsche Milch in Gänze ein absolutes Qualitätsprodukt darstelle. Dies sei auch mengenunabhängig. Die im vorliegenden Antrag versuchte Vermischung von Markt- und Sozialpolitik sei nicht zielführend. Die geforderte, möglicherweise technisch auch richtige, Anhebung des Umrechnungsfaktors bedeute aber eine nationale Einschränkung der Quote um 1 Prozent. Andere europäische Länder würden dadurch nicht tangiert.

Eine nationale Beschränkung würde einen Verzicht auf Marktanteile gegenüber anderen Ländern bedeuten. Im Hinblick auf das geforderte flexible Mengensteuerungssystem sei festzustellen, dass dazu ein strikter und starker Außenschutz notwendig wäre. Dies widerspreche jedoch der ansonsten verfolgten Außenhandelspolitik der antragstellenden Fraktion.

Zudem nehme der Antrag eine nicht gewünschte Spaltung des betroffenen Berufsstandes hin. Notwendig sei jedoch ein

einheitliches Auftreten der Branche in der Gesellschaft. Die diesbezüglichen Ansätze des Bundesministers Horst Seehofer würden begrüßt. Die Milcherzeuger kritisierten auch vielmehr die unter Verantwortung der Vorgängerregierung in der Agrarpolitik entstandene Kostenbelastung. Daher lehne man den vorliegenden Antrag ab.

Die **Fraktion der SPD** konstatierte, dass die im vorliegenden Antrag vorgenommene Analyse in verschiedenen Punkten nicht ganz falsch sei. Allerdings seien die Aussagen hinsichtlich der Entwicklung in den Märkten nicht zutreffend. Nationale Königswege gebe es nicht mehr. Vielmehr unterlägen Preise aktuell und künftig Schwankungen. Auch sei das BDM-Konzept perspektivisch chancenlos und widerspreche wesentlichen Grundsätzen sozialer Marktwirtschaft. Die Entwicklungen in anderen Ländern, etwa in Kanada, verdeutlichten, dass jede Mengensteuerung ihren Preis habe. Auch lasse sich der Strukturwandel damit nicht aufhalten.

Vielmehr halte man es für vernünftig und politisch ehrlich, den betroffenen Bauern die Wahrheit zu sagen. Dies lasse der in Rede stehende Antrag jedoch vermissen. So würden von der u. a. geforderten Molkereisaldierung nur bestimmte Bundesländer profitieren und alle neuen Bundesländer dadurch Nachteile erleiden. Es gebe keinen ersichtlichen Grund, von der gegenwärtigen Milchmarktpolitik und der Abschaffung der Quote abzuweichen. Vielmehr gelte es, dass die betroffenen Milchbauern ihre Marktmacht organisierten, um entsprechende Handlungs- und Verhandlungsperspektiven in den Märkten zu erzielen. Hierin liege die eigentliche Schwäche der Milchproduzenten auch gegenüber den Molkereien. Daher werde Handlungsbedarf in diesem Bereich und im Zusammenhang mit dem Wettbewerbsrecht gesehen.

Die **Fraktion der FDP** unterstützte die zum vorliegenden Antrag vorgebrachte Kritik und ergänzte, dass dieser auch im Widerspruch zur parlamentarisch unterstützten Politik der Vorgängerregierung stehe. Dies sei nicht akzeptabel. Der seit Einführung der Milchquote im Jahr 1984 zu verzeichnende Rückgang der Milchproduzenten von 360 000 auf aktuell 100 000 verdeutliche, dass die Milchquote den notwendigen Umstrukturierungsprozess nicht habe verhindern können. Dies sei positiv, da die Situation auf dem Milchmarkt ansonsten noch viel schwieriger wäre. Das nunmehr geforderte flexible Steuerungsmodell stelle ebenfalls ein Quotensystem dar und sei noch komplizierter. Man halte dieses für unseriös. Angesichts der globalisierten Welt verböten sich zudem Maßnahmen im Zusammenhang mit Autarkie und nationaler Begrenzung. Vielmehr sei politisch Sorge dafür zu tragen, dass die globalen Märkte für die Milchbauern erschlossen würden und deren Position, z. B. über Vermarktungsgesellschaften, gestärkt werde. Im Ergebnis lehne man den vorliegenden Antrag ab.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erläuterte, das Quotensystem, die Handelbarkeit der Quoten und die zunehmende Liberalisierung hätten zur gegenwärtigen Preissituation geführt. Ihrer Auffassung nach beinhalte eine vernünftige Lösung sowohl Überlegungen zur Milchmenge als auch zu bedarfsgerechten Preisen und zur Nachhaltigkeit. Die im vorliegenden Antrag formulierten Forderungen im Zusammenhang mit der Milchmenge würden unterstützt. Auch halte man eine völlige Liberalisierung der Märkte in Bezug auf Grundnahrungsmittel für problematisch. Im Gegensatz zu Industriegütern könnten die Menschen bei Lebensmitteln nicht selbst entscheiden zu welchem Preis sie eine Ware erwerben wollten. Vielmehr seien sie in dem letztgenannten Bereich erpressbar. Daher seien hierfür andere Handels- und Grundregeln zu vereinbaren. Der vorliegende Antrag sei zwar noch verbesserungsbedürftig und weitere Diskussionen seien erforderlich. Dennoch leiste er hierzu einen wichtigen Beitrag. Daher stimme man diesem zu.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, Ziel des Antrags sei die Verfolgung der Situation auf dem Milchmarkt sowie die diesbezüglichen Kommentierungen und Absichtserklärungen des Bundesministers Horst Seehofer. Dieser unterstütze das Anliegen der Milcherzeuger auf Durchsetzung fairer Preise. Nunmehr müssten sich diese Erklärungen in konkretem Handeln niederschlagen, etwa im Führen entsprechender Gespräche. Auch sei die Bundesregierung derzeit selbstverständlich in der Lage, einen Großteil der gegenwärtigen Problematik einer Lösung zuzuführen.

Ihrer Auffassung nach seien die aktuellen Milchübermengen ursächlich für die Preisdrucksituation. Daher fordere man als kurzfristige Maßnahme auf nationaler Ebene ein Aussetzen der Saldierung. Zudem müsse die von der EU beschlossene und jetzt schon vom Handel argumentativ zur Preissenkung genutzte Milchquotenerhöhung von 2 Prozent zum 1. Juli 2008 in der nationalen Reserve belassen werden. Schließlich sei der Umrechnungsfaktor von derzeit 1,02 kg/l Milch auf das europäische Niveau von 1,03 kg/l Milch anzuheben. Ihrer Auffassung nach sei ein flexibles Regulierungsinstrument eine vernünftige Lösung für die künftige Regelung des Milchmarktes. Dies müsse jedoch nicht unbedingt dem vom BDM favorisierten Modell entsprechen. Die Kommissionsvorschläge erschienen jedoch geeignet, den Erzeugern jegliche Marktdurchsetzung und Interessenwahrnehmung zu nehmen. Schließlich werde mit Blick u. a. auf den vom Bundesminister Horst Seehofer geplanten Milchfonds die Vorlage eines Finanzierungskonzeptes gefordert.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 16/9601 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

Johannes Röring
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin